

lichen Regierung führten. Den populistischen Reaktionen vieler Politiker folgend, richteten die Bulgaren ihre Wut wegen steigender Preise auf die erneuerbaren Energien. Dies veranlasste die neue sozialistische Regierung, die Transparenz in der Strompreisgestaltung zu verringern und die Ziele für Grüne Energie von der Stromrechnung verschwinden zu lassen. 2013 wurde eine Netz-Konnektivitäts-Gebühr in Höhe von 20 Prozent für die erneuerbaren Energien eingeführt.

Die Regierungen haben wenig getan, um in Bulgarien den Stromverbrauch zu senken. Im Gegensatz zu den europäischen Haushalten verwenden die bulgarischen

Haushalte mehr Strom als Gas. Ein Teil der Gründe liegt in den sehr hohen Erdgaspreisen, die für die Haushalte unerschwinglich sind und die sie veranlassen, mit Strom, Kohle oder Holz zu heizen. Der Erdgaspreis in Bulgarien gehört zu den fünf höchsten in Europa, weil Bulgarien von den russischen Importen abhängig ist. Die bulgarischen Politiker behalten aber bisher den Status quo trotz der steigenden Risiken für die Energiesicherheit des Landes bei, in der Hoffnung, dass neues Wirtschaftswachstum die Empfindlichkeit der Menschen gegenüber höheren Strompreisen senkt und den Bau neuer und großer Produktionskapazitäten erlauben wird.

## FRANKREICH

*Norbert Wagner*

Schon vor dem Kyoto-Protokoll hatte Frankreich Maßnahmen ergriffen, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Mit der Unterzeichnung des Protokolls und der darin enthaltenen Verpflichtungen wurden neue und zusätzliche Maßnahmen ergriffen, um den Treibhausgasausstoß im Jahr 2010 auf dem Niveau des Jahres 1990 zu stabilisieren.

Im Jahr 2000 hat Frankreich deshalb den Nationalen Plan des Kampfs gegen den Klimawandel (Plan National de Lutte contre le Changement Climatique, PNLCC) in Kraft gesetzt. Dieser Plan wurde im Jahr 2004 durch den „Plan Climat“ ersetzt, der die zahlreichen Maßnahmen in allen Wirtschaftssektoren mit dem Ziel zusammenfasste, den Treibhausgasausstoß im Jahr 2010 auf dem Niveau des Jahres 1990 zu stabilisieren.

Langfristig hat sich Frankreich zum Ziel gesetzt, die Emissionen bis zum Jahr 2050 auf ein Viertel ihres heutigen Niveaus zu reduzieren. Um dieses ambitionöse Ziel zu erreichen, sind drastische Maßnahmen und große Anstrengungen zu ihrer Umsetzung erforderlich.

Motto der französischen Klimapolitik ist: Frankreich zu einem Land der „Excellence Environnementale“ (Umwelt-Exzellenz) zu machen. Im September 2012 hat Präsident Hollande auf der ersten Umweltkonferenz Ziel und Richtung vorgegeben. Innerhalb eines Jahres hat daraufhin die französische Regierung eine ambitionöse ökologische Wende auf den Weg gebracht, welche die Art und Weise, in welcher die Franzosen zukünftig produzieren, konsumieren, wohnen und sich



*Das Kernkraftwerk Superphénix an der Rhône: Der Schnelle Brüter war knapp 13 Jahre am Netz. Nach zahlreichen Unregelmäßigkeiten wurde das Experiment 1998 beendet.*

bewegen werden, nachhaltig und tiefgreifend ändern wird. Diese Wende geht weit über die nationalen Grenzen hinaus, denn sie hat zum Ziel, gegen den weltweiten Klimawandel anzukämpfen.

Im Kern geht es aber bei diesem Ansatz der französischen Klimapolitik vor allem auch um das Wohl der Franzosen, die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen und die Souveränität Frankreichs – heute und in Zukunft.

Frankreich war immer ein Vorreiter der Politik der Energieeffizienz und des Kampfes gegen den Klimawandel: Schon im Jahr 1982 wurde die Agence française pour la maîtrise de l'énergie eingerichtet. Und bereits im Jahr 2001 wurde der Kampf gegen den Klimawandel per Gesetz zu einer nationalen Priorität erklärt.

Im Jahr 2003 hat sich Frankreich verpflichtet, bis zum Jahre 2050 den Ausstoß der Treibhausgase auf ein Viertel ihres Niveaus des Jahres 1990 zu reduzieren. Frankreich ging mit dieser Zielsetzung über die Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll hinaus.

Die französische Regierung verteidigt diese ambitionösen Zielsetzungen auch gegenüber ihren europäischen Partnern, damit auch die Europäische Union an der Spitze des Kampfs gegen den Klimawandel bleibt. Aus diesem Grund hat der französische Präsident vorgeschlagen, dass die Europäische Union sich das Ziel setzen möge, von heute bis zum Jahr 2030 den Ausstoß von Treibhausgasen um 40 Prozent zu reduzieren und gar um 60 Prozent bis zum Jahr 2040.

Die Regierung hat zahlreiche Maßnahmen ergriffen, die dazu beitragen sollen, diese ambitionösen Zielsetzungen auch zu erreichen:

- 500.000 Wohnungen sollen jährlich energetisch saniert werden mit dem Ziel, im Wohnungssektor den Energieverbrauch von heute bis zum Jahr 2020 um 38 Prozent zu reduzieren und damit auch gleichzeitig die Energierechnungen für die französischen Haushalte zu reduzieren;
- in Einklang mit den Verpflichtungen, welche der französische Präsident erklärt hat, ist der Abbau von Schiefergas in Frankreich seit September 2012 untersagt;
- Kampf gegen die Klimaerwärmung bedeutet auch Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Deshalb wurden die Entwicklung und der Einsatz erneuerbarer Energien verstärkt, beispielsweise indem die Vorschriften für die Errichtung von Windkraftträdern vereinfacht wurden;
- generelles Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 den Anteil erneuerbarer Energien auf 23 Prozent des Verbrauchs zu erhöhen;
- um die ökologische Wende auch zu realisieren, soll bis zum Jahr 2016 ein neuer Plan mit Zukunftsinvestitionen auf den Weg gebracht werden. Geplant ist, 2,3 Milliarden Euro speziell in Projekte zur Beförderung der Energiewende zu investieren.

Die französische Regierung hat darüber hinaus eine nationale Debatte über die Energiewende in Gang gesetzt. Diese Debatte, die bereits im Jahr 2013 lanciert wurde, umfasst Vertreter der Unternehmen, der Gewerkschaften, der privaten Vereine sowie Parlamentarier und Vertreter der Gebietskörperschaften. Zum ersten Mal wurde in Frankreich ein solcher Dialog zwischen verschiedenen Interessengruppen zu diesem Thema organisiert. Die Ergebnisse dieser Debatte werden einfließen in das geplante Gesetz über die

Energiewende. Im Rahmen dieses Gesetzes wird die Reorganisation des „Energimixes“ in Frankreich geplant werden. Im Rahmen dieses Energiemixes soll den erneuerbaren Energien Vorrang eingeräumt und der Anteil an Kernkraft an der Energieproduktion reduziert werden.

Wenn diese Ziele und Vorhaben auch umgesetzt werden können, könnte Frankreich zu einem vorbildlichen Land, was den Klimaschutz und die Energiewende betrifft, werden.

Vor dem Hintergrund dieser Prinzipien und selbst auferlegten Verpflichtungen hat der französische Präsident vorgeschlagen, dass Frankreich den internationalen Klimagipfel im Jahre 2015 in Frankreich ausrichtet. Anlässlich dieses Gipfels müssen neue Verpflichtungen zur Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen nach 2020 eingegangen werden.

Die französische Regierung ist fest davon überzeugt, dass die ökologische Wende ein gemeinsames Zukunftsprojekt ist, nicht nur für Frankreich alleine, sondern auch für den europäischen Kontinent, ja für den ganzen Planeten. Mit seinen eigenen Anstrengungen auf diesem Felde und mit der Abhaltung des Klimagipfels 2015 möchte Frankreich seine Vorreiterrolle aufs Neue unter Beweis stellen.

Die französische Debatte zur Klimapolitik und Energiewende wird natürlich durch den beschlossenen Ausstieg aus der Nuklearenergie und die Energiewende in Deutschland beeinflusst. Anfänglich waren die Reaktionen in Frankreich vor allem durch Unverständnis geprägt. Kritisiert wurde auch, dass der Beschluss ohne vorherige Konsultation mit Frankreich gefasst wurde. In einer zweiten Phase waren die Reaktionen in Frankreich eher durch Unverständnis geprägt. Wieso Deutschland eine sichere und kostengünstige Art der Energieproduktion aufgeben. Darunter mischte sich auch Kritik an der deutschen Entscheidung, denn man befürchtete, dass der Atomausstieg in Deutschland auch eine entsprechende Debatte in Frankreich lostreten könnte.

Seit geraumer Zeit interessiert man sich in Frankreich aber zunehmend für die Entwicklung der Energiewende in Deutschland. Denn es könnte sich dabei ja auch ein Bereich für eine intensivere bilaterale Zusammenarbeit eröffnen.

So waren viele Beobachter überrascht, als Frankreichs Präsident François Hollande bei seiner Neujahrspressekonzferenz nicht nur für eine engere Kooperation in verteidigungspolitischen Fragen und für eine steu-

erpolitische Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich warb, sondern auch für ein deutsch-französisches Unternehmen nach dem Vorbild von Airbus zur Vorbereitung der energiepolitischen Wende.

„Deutschland hat einen Vorsprung bei der Entwicklung erneuerbarer Energien“, sagte er. „Bei der Speiche-

rung von Energie und Energienetzen können wir zeigen, dass wir zur Avantgarde gehören.“

Die Reaktion aus Deutschland zu diesem Vorstoß war verhalten. Die deutsch-französische Debatte über die zukünftige Klimapolitik und die Energiewende könnte dadurch aber belebt werden.

## GRIECHENLAND

*Susanna Vogt | Maria Kottari | Iakovos Dimitriou*

Im letzten Jahrzehnt haben sich in Griechenland die politischen und medialen Diskurse in zunehmend systematischer und kohärenter Weise mit den Einflüssen des Klimawandels auf Wirtschaft und Gesellschaft sowie der Frage eines angemessenen Klimaschutzes auseinandergesetzt.

Die Regierung Papandreou (2009 bis 2011) gab dabei mit ihrem Modell einer „Grünen Entwicklung“ einen wichtigen Anstoß für die Diskussion über Klimaeinflüsse. Zwei ehrgeizige Projekte namens „Zukunft gestalten“ und „Sparen im Haushalt“ hatten das Ziel, durch eine energieeffiziente Gebäudesanierung den EU-weit unübertroffenen Energieverbrauch der griechischen Haushalte und damit auch die Energiekosten für Geringverdiener zu reduzieren. Außerdem stellt die Gründung eines Ministeriums für Energie, Umwelt und Klimawandel einen wichtigen Meilenstein dar. Damit sollte ein integrierter Ansatz ermöglicht werden, der Energiepolitik, Umweltschutz und Klimawandel als miteinander verflochtene Problematiken ansah und mit einem holistischen Ansatz behandeln wollte. Der Klimaschutz sollte dabei zu einem wesentlichen Bestandteil der griechischen Energiepolitik werden. Seit dem Auftreten der Verschuldungskrise Griechenlands 2010 leiden jedoch auch die Themen Umwelt- und Energiepolitik an der mangelnden politischen Gestaltungsfähigkeit und -kapazität, da alle Kräfte von der Krisenbewältigung absorbiert wurden und bis heute werden.

Zusammen mit der zuständigen Ministerin wollte Papandreou den Umweltschutz mit einem neuen Wachstumsmodell verbinden, das Treibhausgasminimierung, nachhaltige Ressourcennutzung, die Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Verbesserung der Lebensqualität vereinte. Damit wurde zumindest das Thema politisch auf die Agenda gehoben, auch wenn sich die Debatte seitdem – auch im Kontext der Ver-

schuldungs- und Wirtschaftskrise im Land – eher auf die Themen Energiesicherheit und strategische Energiepolitik konzentriert. Dabei ist vor allem die mögliche Partnerschaft mit Israel und Zypern von großem Interesse für Griechenland.

In Griechenland finden sich zahlreiche Umweltschutzvereine und zivilgesellschaftliche Bewegungen, die sich national und lokal für eine Erhaltung der Flora und Fauna sowie der maritimen Lebensräume engagieren. Das Ausmaß und die globale Bedeutung der Klimaveränderungen gaben außerdem Anlass zu einer Reihe wichtiger Studien (WWF Hellas, Bank of Greece, Nationales Observatorium Athen, Institut für Umweltforschung und Nachhaltige Entwicklung), in denen die Einflüsse des Klimawandels auf Umwelt und Gesellschaft analysiert wurden. Griechische Internetseiten zum Thema Energie ([www.energia.gr](http://www.energia.gr), [www.energypress.gr](http://www.energypress.gr), [www.econews.gr](http://www.econews.gr)) nehmen sich vermehrt der Klimaproblematik an, wodurch sie den öffentlichen Dialog bereichern und die Allgemeinheit für Klimafragen sensibilisieren wollen. Die Hellenic Foundation for European and Foreign Policy rief in Kooperation mit dem European Centre for Environmental Training and Research an der Panteion-Universität Athen und der Griechischen Gesellschaft für Umwelt und Kulturerbe eine Initiative mit dem Titel „Übergang zu einem Grünen Griechenland 2010–2020“ ins Leben, die durch einen offenen, internetgestützten Dialog zwischen Akademikern, Kommunalpolitikern, NGOs und Wirtschaftsvertretern Vorschläge für ein Grünes Wachstum hervorbringen soll.<sup>1</sup>

Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Griechenland bereits sichtbar. Der voraussichtliche Temperaturanstieg wird die bereits jetzt schwierigen Lebensbedingungen vieler Bewohner von Städten noch

1 | Initiative „Übergang zu einem Grünen Griechenland 2010–2020“, <http://diavouleusi.eliamep.gr> [28.07.2014].